

Presseinformation

dena und EWI: Klimaschutz braucht integrierten Ansatz

Analyse auf Basis der dena-Leitstudie Integrierte Energiewende bietet Kennzahlen und Leitplanken für die klimapolitische Debatte

Berlin, 16.09.2019. Wenige Tage vor der nächsten Sitzung des Klimakabinetts haben die Deutsche Energie-Agentur (dena) und das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) dazu aufgerufen, beim Klimaschutz konsequent einen integrierten Ansatz zu verfolgen. Der Moment sei günstig wie selten, die Weichen in der Energie- und Klimapolitik grundlegend neu zu stellen. Dazu gehöre vor allem die Gestaltung eines neuen ökonomischen Rahmens für die Energiewende, mit einer konsequenten Bepreisung von CO₂-Emissionen und einer umfassenden Reform der Steuer-, Abgaben- und Umlagensystematik für die Energieträger.

In ihrer Analyse stützen sich dena und EWI auf die im Sommer 2018 erschienene dena-Leitstudie Integrierte Energiewende und die jüngsten Entwicklungen in allen energierelevanten Handlungsfeldern, von der Energiewirtschaft bis zu Verkehr, Gebäuden und Industrie. Die Zahlen der dena-Leitstudie basieren ursprünglich auf Daten für das Jahr 2015 und wurden im Rahmen der Analyse mit den jüngsten zur Verfügung stehenden Daten verglichen.

Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der dena-Geschäftsführung: „Die Politik hat erkannt, dass sie mit neuen Rahmenbedingungen den Weg für die integrierte Energiewende und den Klimaschutz ebnen kann. Viele Vorschläge gehen in die richtige Richtung, die Debatte ist weit fortgeschritten, die gesellschaftliche Aufmerksamkeit ist hoch. Gleichzeitig besteht immer wieder die Gefahr, dass Teilaspekte und Symbolmaßnahmen den Blick aufs Ganze verstellen. Die Erwartungshaltung, dass die Politik für die nächsten zehn bis dreißig Jahre alles durchregulieren müsse, bringt uns nicht voran. Wichtig ist vielmehr, dass die Politik einen Rahmen definiert, in dem klimafreundliche Technologien und Geschäftsmodelle bessere Chancen haben als klimaschädliche. Das wird verkrustete Strukturen aufbrechen und eine neue Dynamik für Energiewende und Klimaschutz freisetzen. Mit unserer Analyse wollen wir alle Kräfte unterstützen, die offen sind für solch einen integrierten Ansatz.“

Max Gierkink, Manager am EWI: „Verschiedene Kennzahlen zeigen, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen nicht die richtigen Anreize setzen. Für die Szenarien der dena-Leitstudie bedeutet das, dass die dort abgebildeten Entwicklungen später einsetzen und zukünftig eine höhere Transformationsgeschwindigkeit nötig ist. In den Sektoren Verkehr, Industrie und Gebäude ist der Endenergieverbrauch seit 2015 weiter gestiegen. Beispielsweise in der Industrie ist damit bis 2030 ein Rückgang um 32 Terawattstunden notwendig, bei gleichzeitig steigendem Bruttoinlandsprodukt. Im Gebäudesektor müsste die Sanierungsrate auf 1,5 Prozent pro Jahr steigen. In der Energiewirtschaft hat zwar der Anteil der Kohleverstromung abgenommen, aber beim Ausbau der erneuerbaren Energien zeichnet sich vor allem bei der Windenergie ein deutlicher Rückgang ab.“

Klimaziel 2030: Trends und Kennzahlen

Als weitere Kennzahlen, die den politischen Handlungsbedarf in Energiewende und Klimaschutz unterstreichen, nennen dena und EWI in ihrer Analyse unter anderem:

- Der Ausbau der erneuerbaren Energien würde unter den aktuellen Rahmenbedingungen voraussichtlich auf 1,7 Gigawatt netto pro Jahr sinken. Notwendig wäre bis 2030 ein Nettozubau von mindestens 6 Gigawatt pro Jahr.
- Der Bestand an batterieelektrischen Fahrzeugen hat zwischen 2015 und 2018 um 30.000 zugenommen; der Bestand an Erdgasfahrzeugen ist in der gleichen Zeit um 6.000 zurückgegangen. Notwendig wäre bis 2030 ein Zuwachs von durchschnittlich 460.000 beziehungsweise 330.000 Fahrzeugen pro Jahr.
- Der Absatz von Wärmepumpen nimmt zwar zu. 2018 lag er bei 84.000 Stück. Mit Blick auf das Klimaziel 2030 müsste die Installationsrate aber auf über 200.000 pro Jahr steigen.

Leitplanken für die Debatte

Für die Debatte über Instrumente und Ziele im Klimaschutz schlägt die dena sechs Leitplanken vor:

- Energiewende braucht einen neuen ökonomischen Rahmen: Das bedeutet vor allem die Bepreisung von CO₂ und eine umfassende Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen. Wichtige Faktoren sind dabei eine klare Ausrichtung auf die Vermeidung von CO₂, Aufkommensneutralität, soziale Gerechtigkeit, langfristige Planungssicherheit und Schutz der Industrie vor Wettbewerbsnachteilen.
- Energiewende steht auf drei Säulen: Energieeffizienz, direkte Nutzung von erneuerbarem Strom und synthetische, erneuerbare Kraft-, Brenn- und Grundstoffe (Powerfuels). In allen drei Säulen muss das Transformations-tempo deutlich erhöht werden. Sie ergänzen sich und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- Energiewende braucht flexible und intelligente Infrastrukturen: Ziel der Infrastrukturplanung sollte deshalb sein, zusammen mit einem weiterentwickelten Marktdesign die Flexibilität zu erhöhen, innovative Ansätze auf den Weg zu bringen und Synergien zwischen Netzen, Erzeugern und Verbrauchern besser zu nutzen.
- Energiewende braucht Förderung und Beratung, Information und Dialog: Ordnungsrecht und CO₂-Bepreisung reichen nicht aus, um Menschen zum Handeln zu bewegen. Die Politik sollte deshalb nicht nur Druck aufbauen, sondern auch attraktive Angebote und Anreize schaffen.
- Energiewende muss lernen, mit Restemissionen umzugehen: Insbesondere im Industriesektor lassen sich aus heutiger Sicht auch langfristig manche Emissionen nicht ganz vermeiden. Je ambitionierter die Klimaziele, desto mehr geht es auch darum, Kohlenstoffe zu binden.
- Energiewende braucht einen integrierten Ansatz, Offenheit und Innovation: Die Energiesektoren sind im Wandel, Grenzen weichen auf, die Interaktion steigt. Dieser Wandel lässt sich nicht langfristig vorausplanen und steuern oder in einem einzigen großen Schritt bewältigen. Er lässt sich nur im steten Dialog auf konkrete Schritte und Herausforderungen herunterbrechen, die sich mit den im jeweiligen Moment verfügbaren Mitteln und Unterstützern bewältigen lassen. Gleichzeitig gilt es, den Blick fürs Ganze zu bewahren, globale Allianzen zu schmieden und offen für Neues zu bleiben.

Das Papier „Impuls zur aktuellen klimapolitischen Debatte. Einschätzungen auf Basis der dena-Leitstudie Integrierte Energiewende“ ist online verfügbar unter www.dena.de/integrierte-energiewende.

Pressekontakt:

Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln (EWI), Kirsten Krumrey, Vogelsanger Str. 321a, 50827 Köln, Tel: +49 (0) 221 277 29-103, E-Mail: presse@ewi.uni-koeln.de, Internet: ewi.uni-koeln.de